

Dokumentation

CHRISTOPH BUCHHEIM

DIE BESETZTEN LÄNDER IM DIENSTE DER DEUTSCHEN KRIEGSWIRTSCHAFT WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft

In einem Bündel amerikanischer Militärregierungsakten des „Office of the Director of Intelligence“, die Fragen der den Besatzungszonen in Deutschland von den Alliierten nach 1945 auferlegten Besatzungslasten betreffen¹, stößt man unvermittelt auf eine kleine Abhandlung mit dem Titel „Die finanziellen Leistungen der besetzten Gebiete bis Ende März 1944“. Die Zeitangabe läßt stutzen, und ein Blick in das Dokument bestätigt, daß die während des Zweiten Weltkriegs aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern an Deutschland transferierten Leistungen gemeint sind. Somit ist diese Studie wohl zu Vergleichszwecken in den genannten Bestand geraten. Ein Titelblatt ist nicht vorhanden, so daß erst einige Recherchen zur Entschlüsselung des den Herausgeber anzeigenden Kürzels „FfW“ als „Forschungsstelle für Wehrwirtschaft“ führen. Ein Auszug der Studie befindet sich mit der Signatur EC-86 unter den Nürnberger Dokumenten². Es ist allerdings eine stark gekürzte Version. Es fehlen dort unter anderem der ganze erste Abschnitt mit der Zusammenfassung und den methodischen Hinweisen. Außerdem fehlen gegenüber dem hier vollständig abgedruckten Dokument die Länderkapitel Serbien und Griechenland und der dritte Abschnitt, in dem der Umfang der Kriegsbeute abgeschätzt wird.

Die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft hat der Nachwelt Spuren im Wesentlichen nur in Form der von ihr erarbeiteten Studien hinterlassen, in denen vor allem verschiedene Aspekte der Kriegswirtschaft Deutschlands und der von Deutschland eroberten Gebiete abgehandelt werden. Immerhin befinden sich im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg zwei Dokumente³ zur Forschungsstelle für Wehrwirtschaft selbst. Danach war die Forschungsstelle rechtlich ein selbständiges wissenschaftliches Institut. Sachlich war sie jedoch laut Vertrag aus dem Jahr 1938 dem Wehrwirt-

¹ IfZ-Archiv, Bestand MF 260,7/29-3/24 Blatt 1.

² Dieser Auszug wurde in der Literatur schon verschiedentlich zitiert. Auch ist er, an etwas versteckter Stelle, abgedruckt bei J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945 (= Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.6), Berlin 1964, S.331-343.

³ Unter den Signaturen RW 19/550 und RW 19/1514. Für diesen Hinweis bin ich Herrn Archivrat Dr. Ringsdorf zu großem Dank verpflichtet.

schaftsstab (später umbenannt in Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, dann in Feldwirtschaftsamt) im Oberkommando der Wehrmacht zugeordnet. Von dort empfing sie ihre Arbeitsaufträge und offenbar auch ihre Haushaltsmittel und an ihn waren sämtliche Urheberrechte abzutreten. Der Aufgabenbereich der Stelle umfaßte neben kriegswirtschaftlicher Forschung auch die Sammlung und Nutzbarmachung von relevantem Material zu solcherart einschlägigen Fragen sowie gutachterliche und Lehrtätigkeit.

In der vorliegenden Studie werden, abgesehen von dem deutschen Besatzungsgebiet in Italien (ab Herbst 1943), die Leistungen praktisch aller von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzt gehaltenen Gebiete bis einschließlich erstes Quartal 1944 nachgewiesen. Dabei wird von politischen Erwägungen abgesehen. Nicht einmal die hohe ideologische Bedeutung wird erwähnt, die diesen Besetzungen als Zwischenschritt zur Neuordnung des europäischen Kontinents unter deutscher Hegemonie innewohnte. Vielmehr konzentrieren sich die Verfasser ganz auf den nüchternen Versuch, den, wie es im ersten Satz der Studie heißt, „realen Wert“ der Leistungen der besetzten Gebiete für Deutschland zu ermitteln. Ihnen geht es um den unmittelbaren ökonomischen Gewinn - nicht zu verwechseln mit dem wirtschaftlichen Schaden für die besetzten Gebiete! -, den Deutschland aus den Besetzungen ziehen konnte. Diesen versuchen sie mit Akribie zu berechnen. Und genau in dieser buchhalterischen, „sine ira et studio“ vorgenommenen Gewinnermittlung unter Rückgriff auf „insider“-Information liegt denn auch der heuristische Wert des Dokuments. So verwenden die Autoren zum Beispiel beträchtliche Mühe darauf, bei der Umrechnung von fremden Währungen in (laufende) Reichsmark mit jeweils für die zugrundeliegenden Geschäfte angemessenen Wechselkursen zu kalkulieren. Bei der Berechnung des französischen Beitrags etwa werden fünf verschiedene Wechselkursarten angewandt, nämlich:

- a) der amtliche, von deutscher Seite einseitig fixierte und die ganze Zeit über konstant gehaltene Wechselkurs von 5 RM für 100 Francs;
- b) die 1940 zunächst doppelt so hoch liegende, dann aber wegen der innerfranzösischen Inflation rasch sinkende Kaufkraftparität für zu den offiziellen französischen Preisen durchgeführte Transaktionen;
- c) ein gegenüber der Kaufkraftparität um das Vier- bis Achtfache schlechterer Kurs für Schwarzmarktgeschäfte;
- d) ein zwischen Kaufkraft- und Schwarzmarktparität angesiedelter Wechselkurs für bestimmte Wehrmachtsonderkäufe;
- e) ein unter der Kaufkraft-, aber über der amtlichen Parität liegender Kurs für französische Exporte nach Deutschland.

Diese Aufzählung macht deutlich, welche entscheidende Rolle der Wahl richtiger Wechselkurse für eine realistische Einschätzung des Wertes der Kontributionen der besetzten Länder zukommt. Dagegen wird in anderen Berechnungen, in denen ebenfalls umfassende Wertsummen für den Nutzen der von Deutschland besetzten Gebiete präsentiert werden, die unterschiedliche Preisentwicklung in den besetzten Län-

dem und in Deutschland nur unzureichend berücksichtigt⁴. Dadurch kommt es dann zu einer erheblichen Verzerrung der Höhe der Zwangsbeiträge.

Wenn es sich demnach bei den von der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft vorgelegten Zahlen in diesem Sinn um die „besten“ verfügbaren Angaben zu den Gesamtleistungen der besetzten Gebiete an Deutschland handelt, so darf man doch andererseits auch ihre Mängel, auf die ja in dem Bericht selbst hingewiesen wird, nicht übersehen. Unter anderem werden die Beiträge der besetzten sowjetischen Gebiete zahlenmäßig nur äußerst lückenhaft nachgewiesen, manche Quartier-, Transport- und sonstigen Leistungen bleiben ganz unerfaßt. Und was den Arbeitseinsatz der im Reich beschäftigten Ausländer betrifft, so ist davon vielfach nur der im Clearingsaldo enthaltene Teil, also Lohnüberweisungen der Arbeiter in ihre Heimat, enthalten⁵. Diese und andere Minderschätzungen werden grob mit 7 bis 12 Mrd. RM (also 8-13 v.H. der Gesamtsumme) bewertet und pauschal zugeschlagen - zweifellos ein unbefriedigendes Verfahren, zu dem es jedoch keine Alternative gibt. Jedenfalls gelangt die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft auf diese Weise zu einem Betrag von 85 bis 90 Mrd. RM an realen, Deutschland bis zum ersten Vierteljahr 1944 zugeflossenen Leistungen der besetzten Gebiete. Eine Summe für die gesamte Kriegszeit müßte darüberhinaus aber noch mehrere Milliarden Reichsmark einschließen, die von Deutschland auch im letzten Kriegsjahr eingenommen werden konnten⁶.

Angesichts des sachlich und regional umfassenden Charakters der vorliegenden Berechnungen bieten sich verschiedene Vergleiche an:

Erstens wird die bekannte Tatsache noch einmal deutlich, daß der größte ausländische Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft aus den besetzten Ländern Westeuropas gekommen ist. Selbst wenn man annimmt, daß die Unterschätzung der sowjetischen Leistungen besonders krass ist, was wahrscheinlich ist, ändert sich an dieser Feststellung nichts. Stammten doch über 56 Mrd. RM und damit fast zwei Drittel des deutschen „Gewinns“ allein aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Das ungeheure Wirtschaftspotential, das Hitler durch den Ostfeldzug zu erobern hoffte, dessen Nutzbarmachung für Truppe und Reich noch während des Krieges selbst man fest einkalkuliert hatte, erwies sich als Hirngespinnst⁷. Zu einem großen Teil war dies

⁴ Das gilt etwa für den U. S. Strategic Bombing Survey; siehe B. H. Klein, *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge/Mass. 1959, S. 252 f. Die Basler Bank, für Internationalen Zahlungsausgleich rechnet in ihrem 14. Jahresbericht lediglich mit den amtlichen Wechselkursen.

⁵ Unrichtig dagegen wäre es, den Beitrag der ausländischen Arbeiter noch einmal in Gänze der Summe aus Besatzungskosten und Clearingverschuldung zuzuschlagen. So aber Dietrich Eichholtz in einem auch sonst teilweise irreführenden Aufsatz: *Kriegswirtschaftliche Resultate der Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus 1939-1944*, in: *Militärgeschichte* 17, 1978, S. 150f., sowie ganz ähnlich in seinem Werk: *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945*, Bd. 2, Berlin 1985, S. 512.

⁶ Siehe etwa den zitierten Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von Ende 1944 oder, für Frankreich, A. S. Milward, *The New Order and the French Economy*, Oxford 1970, S. 271.

⁷ Vgl. R.-D. Müller, *Das Scheitern der wirtschaftlichen ‚Blitzkriegstrategie‘*, in: *Der Angriff auf die Sowjetunion* (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4), Stuttgart 1983, S. 936ff.

gewiß der von den abziehenden Sowjets angewandten Taktik der verbrannten Erde zuzuschreiben, die die Deutschen zunächst einmal vor ungeahnte, gewaltige Wiederaufbauprobleme stellte, falls sie aus den besetzten Ostgebieten überhaupt nennenswerte wirtschaftliche Beiträge herausholen wollten⁸. Die Wende des Kriegsgeschehens vereitelte dann aber jeden größeren Erfolg in dieser Richtung, wie die Statistik klar ausweist. Aber selbst wenn die Deutschen die Ostgebiete unzerstört in die Hand bekommen hätten, erscheint zweifelhaft, ob sich die Hoffnungen bezüglich ihres wirtschaftlichen Beitrags voll erfüllt hätten. Denn wenn man die Produktionskraft einer Wirtschaft durch Substanzentnahmen nicht zerstören und künftiger Nutzengewinne entraten will, dann kann immer nur aus dem jährlichen Produkt der Wirtschaft geschöpft werden. Dessen Größe ist jedoch abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, und diese lag in Westeuropa beträchtlich über der in Osteuropa⁹. Es scheint, daß Hitler und seine Planer in dieser Beziehung Opfer einer in der Lebensraumideologie begründeten Verwechslung von physischer Ausstattung und ökonomischem Produkt eines Landes geworden sind.

Man kann *zweitens* versuchen, die Bedeutung des Gesamtbeitrags der besetzten Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft abzuschätzen. Zwei Möglichkeiten, dies zu tun, liegen nahe. Zum einen kann die Summe der Leistungen in Beziehung gesetzt werden zur Absorption Deutschlands. Das heißt, der Strom von in den besetzten Ländern produzierten und in deutsche Hände transferierten Gütern wird verglichen mit der Gesamtmenge aller Güter, die dem Deutschen Reich in jener Zeit zur Verfügung standen¹⁰. Daraus ergibt sich für die Jahre 1940 bis 1943 ein Anteil von rund 13 v. H. Ungefähr ein Achtel der durch den Krieg enorm angeschwollenen Absorption Deutschlands wurde demnach vom besetzten Ausland beigesteuert. Dieser Anteil erscheint, insbesondere angesichts anderer in der Literatur anzutreffender Angaben¹¹, recht klein. Allerdings unterschätzt ein derart globaler Vergleich fast zwangsläufig den wahren Wert der Auslandsleistungen. Sind doch durch sie zumindest zeitweise Engpässe der deutschen Wirtschaft aufgebrochen worden - man denke allein etwa an den Arbeitskräftemangel -, die andernfalls leicht weiteres Produktions- und Absorptionswachstum stranguliert hätten. - Ein anderer Vergleich dagegen ist wohl weniger anfechtbar. Berücksichtigt man, daß, anders als bei der Clearingverschuldung, die Besatzungskosten im allgemeinen Zahlungen für Zwecke darstellten, die sonst aus deutschen öffentlichen Mitteln hätten bestritten werden müssen, dann dürfte eine Gegenüberstellung von Besatzungskosten und deutschem Staatshaushalt von Interesse sein. Hiernach betragen die Besatzungskosten einschließlich Matrikularbeitrag des Protektorats und Wehrbeitrag des Generalgouvernements ein Drittel des Reichssteuer-

⁸ Eindrucksvoll hierzu: Kriegswirtschaft im Operationsgebiet des Ostens in den Jahren 1941-1943. Beitrag zur Geschichte des Wirtschafts-Stabes-Ost, bearb. von Hans Nagel; IfZ-Archiv. ED 2.

⁹ Ähnliche Ausführungen bei H. Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983, S. 324 ff.

¹⁰ Zahlen zur Absorption bei Klein, a. a. O., S. 256.

¹¹ Z. B. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 2, S. 512.

aufkommens von Kriegsbeginn bis zum Ende des Haushaltsjahres 1943/44, jedoch nur etwa ein Zehntel der Gesamtausgaben des Reiches¹².

Drittens fordert schon die Fundstelle des Dokuments einen Vergleich heraus zwischen den von Deutschland während des Krieges aus den besetzten Gebieten empfangenen einseitigen Leistungen und den von ihm nach dem Krieg an die Alliierten bezahlten Beträgen. Dabei beschränkt sich die folgende Betrachtung für die Nachkriegszeit auf die Westzonen¹³. Das entspricht nicht nur dem Kontext der relevanten politischen Diskussion um die Besatzungskosten, sondern auch der historischen Entwicklung der Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone zu getrennten wirtschaftlichen und politischen Einheiten.

Während sich Deutschland gemäß der hier vorliegenden Statistik bis Frühjahr 1944 bei den von ihm besetzten Ländern in Höhe von 20 Mrd. RM verschuldet hatte, zahlten die alliierten Besatzer der Westzonen allein bis 1949 über 4 Mrd. Dollar Zahlungsbilanzhilfe¹⁴ an ihr Besatzungsgebiet. Auf den ersten Blick ist das ein verblüffender Unterschied. Allerdings bleiben bei dieser Berechnung die westdeutschen Reparationsleistungen im weitesten Sinne (Abgabe demontierter Anlagen, Zwangsexporte zu Minderpreisen, Liquidation des Auslandsvermögens, unentgeltliche Nutzung geistigen Eigentums) unberücksichtigt. Die Bewertung der Reparationen aber führt auf deutscher und auf alliierter Seite zu radikal unterschiedlichen Ergebnissen¹⁵. Das geht zum Teil wohl darauf zurück, daß von den Deutschen der Schaden, der der deutschen Wirtschaft entstanden ist, erfaßt wird, von den Alliierten jedoch der wirtschaftliche Nutzen für die Empfängerländer. Da hier bisher immer nur nach dem Nutzen (den Deutschland von den besetzten Gebieten hatte) gefragt worden ist, würde man den Vergleich unzulässig verzerren, wollte man plötzlich bei den deutschen Reparationen den von Deutschland erlittenen Schaden berücksichtigen. Das heißt, eine in unserem Zusammenhang angemessene Bewertung der Reparationen dürfte eher in der Nähe der alliierten Angaben zu finden sein. Damit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, daß das besetzte Westdeutschland tatsächlich außenwirtschaftlich ein Zuschußgebiet für seine Besatzer gewesen sein könnte.

Auf sichererem Grund als bei der Außenverschuldung bewegt man sich bei einem Vergleich der Besatzungskosten im engeren Sinn. Einschließlich Matrikular- und Wehrbeitrag entnahmen deutsche Stellen bis März 1944 unter diesem Titel zulasten der besetzten Länder zahlenmäßig erfaßte Leistungen im Wert von 52 Mrd. RM. Andererseits zahlten die Westzonen einschließlich Westberlin bis zum Rechnungsjahr

¹² Zu den Haushaltszahlen F. Federau, *Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland*, Tübingen 1962, S. 30, 59.

¹³ Für die SBZ bzw. DDR siehe M. Lentz, *Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961*, Opladen 1979.

¹⁴ Deutsche Bundesbank (Hg), *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975*, Frankfurt/M. 1976, S. 341.

¹⁵ Z.B. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (Hg), *Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik*, Bremen 1951 und R. Castillon, *Les Réparations allemandes*, Paris 1953.

1949 an die Westalliierten Besatzungskosten in Höhe von 22 Mrd. Mark¹⁶. Aufschlußreicher als diese Gegenüberstellung absoluter Zahlen dürfte jedoch ein Vergleich relativer Belastungen sein. So hatte Frankreich¹⁷ von 1940 bis 1943 effektiv 490 Mrd. Francs an Besatzungskosten aufzubringen - bei einem Steueraufkommen in der gleichen Zeit von 378 Mrd. Francs -, das heißt pro Einwohner, umgerechnet zum amtlichen Wechselkurs, 612 RM. Dagegen beliefen sich die Besatzungskosten der Länder der Westzonen in den Rechnungsjahren 1946 bis 1949 auf durchschnittlich 35 v. H. des Steueraufkommens oder 420 Mark pro Einwohner. Und in der am stärksten belasteten französischen Besatzungszone allein waren es 52 v. H. des Steueraufkommens bzw. 556 Mark je Einwohner¹⁸.

Vor dem Hintergrund dieser vergleichenden Kalkulationen erscheinen die lebhaften Klagen von Westdeutschen in der Nachkriegszeit über die völkerrechtswidrige Höhe der ihnen aufgebürdeten Besatzungslasten historisch unangemessen. Dieses Gefühl war es denn vermutlich auch, was die Amerikaner bewog, die Studie der Forschungsstelle zu den Unterlagen über die deutschen Besatzungslasten zu nehmen.

Zum Schluß sei noch kurz erwähnt, was nach dem Krieg mit den aus der Besetzung herrührenden Forderungen gegen Deutschland geschehen ist. Hierbei ist formal zu unterscheiden zwischen den Besatzungskosten im engeren Sinn und den rechtlich eine deutsche Schuld begründenden Krediten, wie z. B. die Clearingguthaben. Erstere wurden in die Reparationsansprüche eingerechnet¹⁹, während letztere ohnehin eine Verpflichtung Deutschlands darstellten. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurden jedoch alle derartigen, noch bestehenden Forderungen gegen Westdeutschland vertagt. Dort heißt es nämlich in Artikel 5²⁰:

„Eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen, einschließlich der Kosten der deutschen Besetzung, der während der Besetzung auf Verrechnungskonten erworbenen Guthaben sowie der Forderungen gegen die Reichskreditkassen, wird bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.“

An diesem Stand der Dinge hat sich bis heute nichts geändert.

¹⁶ Institut für Besatzungsfragen, Sechs Jahre Besatzungslasten, Tübingen 1951, Anl. 2, 16; Haushaltsrechnungen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und des Bundes. Diese Angaben sind vom Preisstand her ganz gut zu vergleichen, da die Westalliierten ihre Entnahmen bis zur Währungsreform zu den deutschen Stoppreisen abrechneten.

¹⁷ Steueraufkommen und Einwohnerzahl nach A. Munz, Die Auswirkungen der deutschen Besetzung auf Währung und Finanzen Frankreichs (= Studien des Instituts für Besatzungsfragen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 9), Tübingen 1957, S. 76f.

¹⁸ Institut für Besatzungsfragen, Sechs Jahre Besatzungslasten, S. 6 ff.

¹⁹ D. Ginsburg, The Future of German Reparations, Washington 1947, S. 32 Anm. 23.

²⁰ BGBl. 1953 II, S. 340.

*Die finanziellen Leistungen der besetzten Gebiete
bis Ende März 1944²¹*

I. Vorbemerkung

1. Eine für die ersten 4 Kriegsjahre im Oktober 1943 vorgenommene Ermittlung des realen Wertes der finanziellen Leistungen der besetzten Gebiete^{a)} hatte einen Betrag von rund 75-80 Mia. RM ergeben. Eine neuerliche Berechnung, die mit dem Ende des letzten Finanzjahres (31. März 1944) abschließt, kommt auf einen Wert von 85-90 Mia. RM. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Summen wie folgt: [Mio RM]

	bis 31.8. 1943	bis 31.3.1944
Frankreich	32290	35060
Niederlande	10 300	12030
Belgien	7770	9300
Generalgouvernement	2965	5015
Norwegen	4250	4900
Besetzte Ostgebiete	3 500	4500
Dänemark	1760	2530
Protektorat	4100	2310
Serbien	480	630
Griechenland	110	500
Beute	1000	1000
insgesamt	68 525	77775
dazu Zuschlag für statistisch nichterfaßbare Leistungen	6-11000	7-12000
Gesamte Leistungen ca.	75-85 000	ca. 85-90 000

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Länderbeiträge zu den angegebenen Zeitpunkten zeigt, daß der Zuwachs nicht gleich der Leistung der inzwischen vergangenen 7 Monate gesetzt werden darf. Zum Teil ist es durch methodische Änderungen bedingt^{b)} und durch die Tatsache, daß für die zurückliegende Zeit häufig endgültige

²¹ Anmerkungen des Bearbeiters wurden fortlaufend weiter mit arabischen Zahlen numeriert. Dagegen sind die im Dokument selbst enthaltenen Fußnoten durchgehend mit Hilfe kleiner Buchstaben umsigniert worden, in den Tabellen integrierte Anmerkungen mit Sternchen. Zufügungen des Bearbeiters im Text stehen in eckigen Klammern.

^{a)} FfW. 648/43 g vom 29.10.1943.

^{b)} Zur Methode siehe den Anhang der ersten Ausarbeitung (FfW. 648/43 g vom 29.10.1943).

anstelle der damals vorläufigen Zahlen eingesetzt werden konnten. Im einzelnen ist zu den Länderbeiträgen folgendes zu bemerken:

Bei Frankreich und den Niederlanden erschien es zweckmäßig, den Betrag der auf dem schwarzen Markt verausgabten Besatzungskosten zu erhöhen und auch einen Teil der Ausfuhrüberschüsse mit gegenüber früher herabgesetzten Kursen umzurechnen. Daß trotzdem bei beiden Ländern noch eine Erhöhung um mehrere Milliarden eingetreten ist, deutet auf zunehmende Beanspruchung beider Volkswirtschaften für deutsche Zwecke hin.

Relativ stark angestiegen sind die Beiträge Belgiens und Dänemarks, wo - außer geringen Änderungen der dänischen Umrechnungskurse - die alte Methode beibehalten blieb und es sich demnach um einen wirklichen Zuwachs handelt.

Dagegen ist der gewaltige Anstieg der Leistungen des Generalgouvernements zum Teil darauf zurückzuführen, daß bestimmte Posten (Verwertung zurückgeführter Zloty-Noten im Werte von 580 Mio. Zloty und ca. 30 Mio. RM Heimsendungen polnischer Kriegsgefangener) erstmalig aufgenommen wurden. Andererseits mußte beim Protektorat der ursprünglich aufgeführte Betrag der im Protektorat untergebrachten Reichsschatzanweisungen aus der Rechnung ausgeschlossen werden, weil diese, anders als im GG. und in Holland, nicht wirkliche Leistungsüberschüsse des Protektorats repräsentieren.

Der gewaltige Anstieg der griechischen Besatzungskosten ist fast ausschließlich auf eine neue, allerdings kaum weniger problematische Schätzung zurückzuführen.

2. Die finanziellen Leistungen sind im wesentlichen aus den Besatzungskosten und der Zunahme der Clearingverschuldung berechnet; nur in Ausnahmefällen (Rußland, griechische Außenhandelsleistungen) erfolgte eine Einzelbewertung. Der weitaus größte Teil der errechneten Summe, nämlich etwa 50 Mia. RM entfällt auf Besatzungskosten, ist also der geldliche Ausdruck für die in den einzelnen besetzten Gebieten selbst in Anspruch genommenen Leistungen. Es erfolgte in diesen Ländern lediglich eine Umschichtung von Gütern und Leistungen von früher privaten Verbrauchern auf die deutsche Besatzungsmacht, ein Vorgang, der der gütermäßigen Kriegsfinanzierung in Deutschland selbst entspricht. Anders ist es mit dem größten Teil der nach Deutschland überführten Lieferungen und Leistungen. Diese Leistungen stellen auch in der Form (Clearingschulden) Verpflichtungen für Deutschland dar. Ein Transferproblem, wie es sehr überspitzt in der Reparationszeit auftrat, ist allerdings nicht zum Ausdruck gekommen, weil die heutige Währungszwangswirtschaft es überdeckt.

Diese Summe stellt nur eine untere Grenze dar. Aus folgenden Gründen: Die sicherlich nicht unbeträchtlichen Beträge der in das Reich eingegliederten Gebiete - erinnert sei nur an den Wert der oberschlesischen Kohle, der lothringischen Minette, der Getreideüberschüsse der Ostgebiete, den Erlös aus Verkäufen ehemals polnischen Eigentums - konnten nicht ausgesondert werden und fehlen daher völlig. Nur teilweise festzustellen waren die Leistungen der zwar staatsrechtlich selbständigen aber handelspolitisch einbezogenen Gebiete (Protektorat, Holland) und auch die russischen Lieferungen konnten nur unvollständig ermittelt werden. Völlig außer Betracht

bleiben alle Leistungen, die nicht mit Geld bezahlt oder in Geld bewertet wurden. Das ist z. B. die Beute, soweit sie nicht in Geldform (Kriegskassen) gemacht oder gegen Geld verkauft wurde (Rohstoffe), also vor allem die erbeuteten Kriegsmaterialien (mit Ausnahme der im Protektorat erbeuteten Bestände). Wahrscheinlich ist auch die Arbeitsleistung der im Reich beschäftigten ausländischen Zivilarbeiter mit den - in der Clearingverschuldung enthaltenen - Überweisungsbeträgen zu niedrig angesetzt. Erst recht dürfte dies der Fall bei den Kriegsgefangenen sein, die nur geringe Summen heimsenden können.

Die Leistungen verteilen sich wie folgt auf die wichtigsten Gruppen:

		<i>Mio. RM</i>
<i>Matrikularbeitrag des Protektorats</i>		2314
<i>Wehrbeitrag des Generalgouvernements^{c)}</i>		1490
<i>Besatzungskosten</i>		
Frankreich	27935	
Belgien	5311	
Niederlande	7767	
Dänemark	1446	
Norwegen	5044	
Serbien	313	
Griechenland	500	48316
<i>Kredite (Zunahme der Clearingverschuldung und Unterbringung von Reichsschatzanweisungen)</i>		
Generalgouvernement ^{d)}	3 525	
Frankreich	7128	
Belgien	3982	
Niederlande	4260	
Dänemark	1088	
Norwegen	% 143	
Serbien	314	20154
<i>Beute^{e)}</i>		1000
Lieferungen der besetzten Ostgebiete		4500
insgesamt:		<u>77775</u>

Schlägt man für alle diese Posten etwa 7-12 Mia. RM hinzu, so erhält man einen Betrag in der Größenordnung von

85-90 Mia. RM.

^{c)} Einschl. des Betrages der zurückgeführten Zlotynoten.

^{d)} Clearingverschuldung, Arbeiterücksendungen und Anlage von Reichsschatzanweisungen.

^{e)} Unvollständig.

II. Die einzelnen Gebiete

1. Das Protektorat

Das Protektorat zählt nicht zu den besetzten Gebieten im üblichen Sinne. Der Prozeß der Einbeziehung in das Reich ist so weit vorangeschritten, daß man es eher als eine Provinz des Reiches bezeichnen könnte. Dies kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, daß der Güteraustausch zwischen Deutschland und dem Protektorat nicht mehr als Außenhandel angesehen wird. Aus diesem Grund läßt sich nicht beurteilen, wie groß der eigentliche Leistungsüberschuß des Protektorats ist. Wir können lediglich die Höhe des Matrikularbeitrags, den das Protektorat dem Reich zahlt, feststellen.

Kalenderjahr	Mio.Kr.	RM-Kaufkraft- kurs ^{f)} 100 Kr. = ... RM	Mio RM- Kaufkraft
1940	3000	8,73	262
1941	5 000	8,23	412
1942	8 000	8,07	646
1943	10000	7,95	795
3 Monate 1944	2 500	7,95	199
Insgesamt:	28 500		2314

Selbstverständlich hat das Protektorat in den Jahren seiner Zugehörigkeit zum Reich weit mehr geleistet als diese 2,3 Mia. RM. Wir brauchen bloß an die von der Wehrmacht übernommenen Waffen aller Art, ferner an die Arbeitskraft der im Reich eingesetzten Rüstungsfacharbeiter, die laufenden Warenlieferungen usw. zu denken. Bekannt von diesen Posten ist nur der Wert der 1939 erbeuteten Waffen in Höhe von 648 Mio. Kronen = 77 Mio. RM damaliger Kaufkraft. Die übrigen Leistungen können aus dem obengenannten Grunde nicht erfaßt werden^{g)}.

Der hier ermittelte Gesamtbetrag von
ca. 2400 Mio. RM

ist daher notwendig zu niedrig.

^{f)} Als Ausgangspunkt für die Errechnung der Kaufkraftkurse gilt in der Regel das Jahr 1929, also das letzte Jahr mit intakten internationalen Währungsverhältnissen. Man darf im großen und ganzen annehmen, daß damals das Austauschverhältnis der Währungseinheiten zueinander den internen Kaufmöglichkeiten beider Länder entsprochen hat. Die Kurse sind weiter geschrieben im Verhältnis, in dem sich die Großhandelspreise (als Ausdruck für den größten Teil des Wehrmachtsbedarfs) in Deutschland und den jeweiligen besetzten Gebieten zueinander entwickelt haben. In Ländern, in denen wie z. B. in Griechenland keine Indices der Großhandelspreise vorhanden waren, wurden Einzelpreise herangezogen.

^{g)} Es läuft ein Versuch, sie schätzungsweise zu ermitteln. Über sein Ergebnis wird berichtet werden.

2. Das Generalgouvernement

Das heute oft als Nebenland des Reiches bezeichnete Generalgouvernement zahlt ebenfalls einen festen Beitrag, den sogenannten Wehrbeitrag, und zwar seit dem Finanzjahr 1940/41.

Finanzjahr	Mio. Zl.	Mio. RM
1941/42	500	250
1942/43	700	350
1943/44	1300	650
insgesamt:	2500	1250

Zur *Umrechnung* der ZI-Beträge, die hier zum offiziellen Kurs von 0,50 RM für 1 Zl. vorgenommen wurde, sei nur kurz folgendes bemerkt: Die offiziellen Preise (Einzelhandelspreise) haben sich seit Anfang 1941 kaum verändert. Lediglich bei gewissen Waren (Textilien) sind Preissteigerungen vorgekommen. Die sich aus den einzelnen Preisen ergebenden Kaufkraftkurse liegen im Durchschnitt in der Nähe des offiziellen Kurses. Bei Lebensmitteln, unserem Haupteinfuhrposten aus dem G. G., ist die Kaufkraft des Zl. eher höher als 50 Rpf., bei anderen Waren dagegen zum Teil erheblich niedriger. Die Schwarzmarktpreise dagegen sind ständig gestiegen und liegen um ein Vielfaches über den offiziellen Preisen. Von einem einheitlichen Überteuerungsfaktor, wie er im Westen errechnet werden kann, ist hier keine Rede. Die Preise liegen zwischen dem Doppelten und dem 60-fachen des normalen Preises und lassen die alte Relation der Waren zueinander in keiner Weise mehr erkennen. Aus diesem Grunde und weil darüber hinaus der Betrag des auf dem schwarzen Markt verausgabten Geldes nicht bekannt ist, ist hier nur mit Hilfe des offiziellen, nicht auch mit Schwarzmarkt-Kursen umgerechnet worden. Da aber insbesondere Wehrmachtgüter erheblich teurer sein dürften als im Reich, rechnen wir ab 1942/43 ein Zehntel des Gesamtbedarfs mit einem auf die Hälfte erniedrigten Kurs (1 Zl. = 0,25 RM) um und erhalten das folgende Ergebnis:

Finanzjahr	Offiz. Markt		Markt für Wehrmachtsonderkäufe		Insgesamt Mio. RM
	Mio. Zl.	Mio. RM	Mio. Zl.	Mio. RM	
1941/42	500	250	—	—	250
1942/43	630	315	70	17,5	332,5
1943/44	1170	585	130	32,5	617,5
					1200,0

Im Jahre 1940/41 wurde das G.G. nicht zur Zahlung eines festen Beitrags herangezogen, mußte aber die Überführung von rund 580 Mio.Zl.-Noten der ehemaligen

Bank Polski aus dem Reich und anderen Ländern zur Verwertung und Gutschrift zu Gunsten des Reiches erlauben.

Die ausgewiesene *Clearing-Verschuldung* des Reiches an das G.G. hat in der Zeit von Ende August 1940 bis Ende März 1943 [wohl: 1944] um nur 28 Mill. RM zugenommen. Dieser niedrige Betrag stellt aber nur den Rest dar, der von der eigentlichen Clearing-Verschuldung nach einer umfassenden Anlage des GG.-Guthabens in Reichsschatzanweisungen übrig geblieben ist. Am 31. März d. J. waren auf diese Weise 3396 Mio. RM angelegt. Die wirkliche Clearing-Verschuldung belief sich demnach auf

3424Mio. RM.

Nicht alle Leistungen des GG. werden über Clearing abgerechnet. So gehen z. B. die Lohnsendungen der im Reich beschäftigten polnischen Arbeiter und der Kriegsgefangenen nicht im Clearing, sondern auf dem gewöhnlichen Postwege vor sich. Bis Ende März 1944 wurden insgesamt 100,6, davon 70,8 Mio. RM von den Zivilarbeitern überwiesen. Der Wert der Arbeitskräfte ist aber durch die Heimsendungen nicht genügend erfaßt. Man müßte noch den Betrag der von den polnischen Arbeitern im Reich gezahlten Sozialausgleichsabgabe hinzuschlagen. Diese wird aber, da sie als Zuschlag zur Einkommensteuer (15%) erhoben wird, nicht gesondert ausgewiesen und ist daher nicht zu ermitteln.

Die ausgewiesenen Leistungen des GG. belaufen sich auf

<i>Mio. RM</i>	
1200	Wehrbeitrag
290	Rückführung von ZI.-Noten
3424	Clearing-Verschuldung und angelegte Reichsschatzanweisungen
71	Arbeiterrücksendungen
<u>30</u>	Kriegsgefangenenrücksendungen
5015	

3. Frankreich

Mit Frankreich beginnt die Reihe der Länder, die Besatzungskosten im eigentlichen Sinne zahlen. Vom Zeitpunkt der Besetzung bis Ende 1944 hat Frankreich der deutschen Wehrmacht die folgenden Beträge auf dem Besatzungskostenkonto zur Verfügung gestellt^{h)}:

^{h)} Die Beträge unterscheiden sich von den Summen, die sich ergeben würden, wenn man die Besatzungskosten nach den zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Tagessätzen (z. Zt. 25 Mio. RM) errechnen würde. Der Grund ist darin zu sehen, daß in den ersten Jahren nicht alle zur Verfügung gestellten Summen von der deutschen Wehrmacht benötigt wurden und daß sie späterhin (von 1942 an) auf die früher nicht abgehobenen Beträge zurückgriff. Der Gesamtbetrag der Abhebungen hält sich allerdings im Rahmen der Abmachungen; lediglich die zeitliche Verteilung weicht von diesen ab.

Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft 129

Kalenderjahr	Mio.RM	Mio. Franken
1940	1759	35180
1941	5087	101740
1942	7872	157440
1943	9798	195960
1. Quart. 1944 ^{*)}	2275	45500
Insgesamt:	26791	535 820

*) errechnet aus den festgesetzten Tagesbeträgen.

Wenn man die angegebenen Summen mit Kaufkraftkursen umrechnet, so erhält man für die ersten 3 Jahre erheblich höhere Werte. Erst im Jahre 1943 haben sich Kaufkraftkurs und Wechselkurs angeglichen. Nun sind aber nicht alle durch Besatzungskosten finanzierten Waren zu den offiziellen Preisen gekauft worden, sondern ein Teil wurde mit Schwarzmarktpreisen bezahlt. Man darf wohl annehmen, daß der schwarze Markt im Jahre 1940 wegen der noch reichlich vorhandenen Lager kaum eine Rolle spielte. Erst ab 1941 wird er hier in die Betrachtung einbezogen und zwar mit dem Überteurungsfaktor 4.1942 betrug dieser (nach Angaben von Veitjens²²) 6, und für 1943 und 1944 wird er schätzungsweise mit 8 eingesetzt.

	<i>Kaufkraftkurse</i>	
	100frs.= ... RM offiziell	auf dem schwarzen Markt
1940	9,9	
1941	7,7	1,9
1942	6,4	1,1
1943	5,0	0,6
Anfang 1944	5,0	0,6

Genauere Unterlagen über den Umfang der Schwarzmarktkäufe haben wir nur für die Aktion Veitjens, die in Frankreich 1555 Mio. RM, das sind - zum amtlich festgesetzten Frankenkurs umgerechnet - 31,1 Mia. Franken, erforderte. Der größte Teil der Käufe fiel bekanntlich in das Jahr 1942, nämlich etwa für 1155 Mio.RM. 1943 wurden in Frankreich nur noch schätzungsweise 400 Mio.RM verausgabt. Rechnet man die 31,1 Mia. Franken mit den jeweiligen Schwarzmarktkursen um, so erhält man den nur geringen Betrag von 318 Mio. RM.

Darüber hinaus darf man annehmen, daß ein Teil der Wehrmachtsausgaben immer auf den schwarzen Markt geht. Sehr groß ist dieser bei den persönlichen Ausgaben, die in Frankreich in den letzten Jahren zwischen 18 und 25% der gesamten Ausgaben

²² Oberst Veitjens war verantwortlich für eine Aktion offizieller Schwarzmarktkäufe in besetzten Ländern Westeuropas.

lagen. Sicherlich ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß die Hälfte der persönlichen Ausgaben und damit etwa 10% der Gesamtausgaben auf dem schwarzen Markt verausgabt werden. Für 1941 allerdings rechnen wir wegen der damals noch geringen Bedeutung des schwarzen Marktes mit nur 5%. Auch gewisse Sachausgaben der Wehrmacht (Materialien für Wehrmachtsinvestitionen) dürften zu höheren als den offiziellen Preisen verausgabt werden, auch wenn die Wehrmacht nicht gerade zu den hohen Schwarzmarktpreisen abschließt. Wir nehmen im Zusammenhang dieser Arbeit an, daß 10% der Sachausgaben zu dem Doppelten der offiziellen Preise verausgabt wurden.

Bis vor kurzem wurde der französische Schwarzmarkt noch aus einer weiteren Quelle gespeist, und zwar aus der Einfuhr von Reichskreditkassenscheinen aus den übrigen besetzten Gebieten. Obwohl die Ausgabe von Reichskreditkassenscheinen in Frankreich selbst seit Oktober 1940 praktisch aufgehört hat, wurden bei der Abrechnung über die Besatzungskosten laufend Beträge von Reichskreditkassenscheinen präsentiert (1942: 460Mio. RM; 1943: 1180Mio. RM; 1. Quartal 1944: 25Mio. RM). Wenn auch ein Teil davon ursprünglich in Frankreich selbst ausgegeben worden ist, so darf man doch annehmen, daß der größte Posten - wir nehmen ihn für 1942 und 1943 mit 75% an - aus den übrigen besetzten Gebieten stammt, also 1942: 345 Mio. RM; 1943: 885 Mio. RM. Nun sind wohl kaum die gesamten Beträge auf den schwarzen Markt gegangen, sicherlich aber der größere Teil, den wir wiederum auf 75% schätzen. Wir erhalten also für

1942	260 Mio. RM ,
1943	660 Mio. RM ,
1944	19 Mio. RM .

Auf dem schwarzen Markt wurden insgesamt die folgenden Beträge verausgabt (Mia. Franken):

	1941	1942	1943	1944
Aktion Veitjens	-	23,1	8,0	-
Soldatenkäufe	5,1	15,7	19,6	4,5
Einfuhr von Reichskreditkassenscheinen	-	5,2	13,2	0,4
insgesamt	5,1	44,0	40,8	4,9
dazu: Wehrmachtssachkäufe zu erhöhten Preisen	-	12,6	15,7	3,6
insgesamt	5,1	56,6	56,5	8,5

Die Wehrmachtausgaben wurden also in Frankreich wie folgt verausgabt:

Jahre	Offizieller Markt		Markt für Wehrmachtssonderkäufe			Schwarzer Markt		Insgesamt Mio.RM
	Mia.	Fr. Mio.RM	Mia.	Fr. Mio.RM	Mia.	Fr. Mio.RM		
1940	35,2	3480	-	-	-	-	3480	
1941	96,6	7440	-	-	5,1	100	7 540	
1942	100,8	6450	12,6	400	44,0	480	7 330	
1943	139,5	6980	15,7	395	40,8	240	7 615	
1944	37,0	1850	3,6	90	4,9	30	1970	
Insgesamt:		26200		885		850	27935	

Der reale Betrag der Besatzungskosten betrug etwa 28 Mia. RM. Der durch die Schwarzkäufe verursachte „Verlust“, den man ermitteln kann, indem man die auf den schwarzen Markt gegangenen Summen mit den Kaufkraftkursen des offiziellen Marktes umrechnet und von diesen den Realwert der Schwarzkäufe abzieht, hat schätzungsweise 6,4 Mia. RM betragen. D. h. mit anderen Worten: Während man auf dem schwarzen Markt einen Wert von ca. 900 Mio. RM erhielt, hätte man auf dem offiziellen Markt 7,3 Mia. RM erzielen können, wenngleich es fraglich ist, ob man die betreffenden Waren auf dem offiziellen Markt bekommen hätte.

Trotz der umfangreichen Schwarzkäufe liegt der reale Wert der Besatzungskosten noch über dem Betrag, den man bei Umrechnung mit dem 5 Pf-Kurse erhalten würde (26,8 Mia. RM), weil nämlich die französischen Preise zu Beginn der Besatzungszeit weit unter den deutschen lagen. Die in dem kürzlich erstatteten Gutachten des Militärbefehlshabers²³ enthaltene Ansicht, daß durch die Schwarzkäufe nicht einmal der Betrag von 26,8 Mia. RM realisiert worden sei, muß daher als zu pessimistisch angesehen werden.

Die deutsche *Clearingverschuldung* gegenüber Frankreich, in der die äußeren französischen Leistungen (Einfuhrüberschüsse, im Reich beschäftigte französische Arbeitskräfte) wertmäßig zum Ausdruck kommen, ist in den Jahren der Besatzung stark angestiegen.

Die Umrechnung der Clearingschuld muß zum niedrigeren als den oben errechneten Kaufkraftkursen erfolgen. Denn die Franzosen erheben seit 1941 auf die Ausfuhr, die zu höheren als den französischen Inlandspreisen getätigt werden konnte, eine Abgabe, die sog. *retenue de péreuation*²³. Das zeigt, daß die Ausfuhrpreise zum Teil

i) „Der Beitrag des französischen Raumes zur Kriegswirtschaft“, Paris, April 1944.

²³ Retenue de péreuation = Ausgleichsabgabe. Beim Abschluß des deutsch-französischen Verrechnungsabkommens vom 4.11. 1940 mußte die französische Regierung einen Wechselkurs von 1 RM = 20 Francs akzeptieren, womit die Reichsmark zunächst überbewertet war. Im Gegenzug wurde von deutscher Seite zugestanden, nichts dagegen einzuwenden, wenn die Preise französi-

höher waren als die französischen Inlandspreise. Es ist selbstverständlich schwer, daß Maß der Erhöhung abzuschätzen. Hier wird für die Jahre 1941 und 1942 die Mitte zwischen den aus dem Inlandspreis errechneten Kaufkraftkursen und dem Wechselkurs gewählt.

1941	6,3
1942	5,7

Von dem Zeitpunkt an, zu dem sich der Kaufkraftkurs dem Wechselkurs angeglichen hatte (etwa 1943) wird dieser gewählt und auch für das 1. Quartal 1944 beibehalten. Zwar wird heute schon die Einfuhr aus Frankreich zum Teil verbilligt, was die Umrechnung mit einem unter dem Wechselkurs liegenden Kurs nahelegt, aber die aufgewendeten Verbilligungsbeträge sind noch relativ niedrig. Außerdem werden noch manche Waren aus Frankreich unter Reichspreisen eingeführt.

Die Verschuldungszunahme betrug:

	Mio. Fr.	Mio. RM-Kaufkraft
von November 1940 - August 1941	8 976	565
von September 1941 - August 1942	28 438	1621
von September 1942 - August 1943	54718	2736
von September 1943 - Ende März 1944	44128	<u>2206</u>
		7128

Die ausgewiesenen französischen Gesamtleistungen betragen also

ca. 35 Mia. RM

In diesem Betrag sind nicht alle französischen Leistungen enthalten, z. B. nicht die Beute an Rohstoffen, die sich auf ca. 255 Mio. RM belief, und ebenfalls nicht die Kriegsbeute, ferner nicht die Quartierleistungen.

4. Belgien

Belgien zahlte von Beginn der Besatzungszeit bis zum 31.3. 1944 etwa 5,7 Mia. RM Besatzungskosten.

schon auf der Basis der Vorkriegsparität in Reichsmark umgerechnet würden (1 RM = 16,27 Francs). Dadurch konnten die französischen Exporteure, solange die Kaufkraftparität sich dem amtlichen Wechselkurs noch nicht angeglichen hatte, in Deutschland höhere Preise, ausgedrückt in Francs, erzielen als auf dem offiziellen französischen Binnenmarkt. Diese Differenz sollte durch die Ausgleichsabgabe für die französische Regierung abgeschöpft werden.

Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft 133

	Mio. belg. Fr.	RM-Kaufkraftkurse 100 b.Fr... .RM	Mio. RM- Kaufkraft
1940			
1941	29 500	8,6	2537
1942	19200	8,0	1536
1943	15045	7,7	1197
Jan./März 1944	5481	7,7	422
			5692

Der hier errechnete Gesamtbetrag ist wahrscheinlich zu hoch. Denn auch in Belgien dürften laufend gewisse Beträge zumindest der Personalausgaben auf den schwarzen Markt gegangen sein. Allerdings ist die belgische Preispolitik erfolgreicher gewesen als die französische, und auch Umfang und Preise des schwarzen Marktes dürften niedriger sein als in Frankreich. Rechnet man für 1940 und 1941 mit einem Übersteigerungsfaktor von 3 und für die Folgezeit von 6, und nimmt man an, daß von dem Betrag der ersten beiden Jahre 1/20 und von dem der übrigen Zeit 1/10 auf dem schwarzen Markt verausgabt wurde, so verteilen sich die eben genannten Zahlen wie folgt:

	Offizieller Markt		Schwarzer Markt		Insgesamt Mio. RM- Kaufkraft
	Mio. Fr.	Mio. RM- Kaufkraft	Mio. Fr.	Mio. RM- Kaufkraft	
1940					
1941	28 025	2410	1475	43	2453
1942	17280	1382	1920	26	1408
1943	13 540	1043	1505	20	1063
Januar--März 1944	4933	380	548	7	387
Insgesamt:		5215		96	5311

Im Verhältnis zu den Besatzungskosten ist die Clearingverschuldung sehr hoch, jedenfalls wenn man von der in Frankreich vorhandenen Relation ausgeht. In Belgien beträgt sie ca. 3/4 der Besatzungskosten, in Frankreich dagegen 1/4. Sie nahm zu:

	<i>Mio. RM</i>
vom 12. Juli 1940-31. August 1940 um	21
vom September 1940-Ende August 1941 um	383
vom September 1941-Ende August 1942 um	974
vom September 1942-Ende August 1943 um	1898
vom September 1943-Ende März 1944 um	<u>1012</u>
Insgesamt:	4288

Auch diese mit Hilfe des amtlichen Kurses festgestellten Reichsmarkbeträge müssen zu Kaufkraftkursen umgerechnet werden; außerdem muß der Betrag der offiziellen Schwarzmarktkäufe (Aktion Veitjens) in Höhe von 267 Mio. RM berücksichtigt werden. Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß die Schwarzmarktaktion völlig in das 4. Kriegswirtschaftsjahr fiel, auch wenn sie etwas früher (Mitte Juni 1942) begonnen wurde. Die Zunahme der Clearingverschuldung verteilt sich demnach wie folgt:

Kriegswirtschaftsjahr	Offizieller Markt		Schwarzer Markt		Insgesamt RM- Kaufkraft
	Mio.b.Fr.	Mio. RM- Kaufkraft	Mio.b.Fr.	Mio. RM- Kaufkraft	
1939/40	265	24			24
1940/41	4789	397			397
1941/42	12171	974			974
1942/43	20388	1570	3338	43	1613
Sept. 43/März 44	12650	974			974
		3339		43	3982

Der Gesamtbetrag der belgischen Leistungen stellt sich somit auf
ca. 9300Mio. RM^{j)}

5. Niederlande

Die Niederlande sind das einzige Land, das nicht nur innere Besatzungskosten zum Unterhalt der im Land befindlichen Truppen und für andere Besatzungsbedürfnisse zahlt, sondern das auch laufend einen Beitrag an äußeren Besatzungskosten leistet. Dieser wurde zu einem Teil in Gold gezahlt - seit einiger Zeit sind die Goldvorräte erschöpft -, zum anderen in Reichsmark. Die Reichsmarkbeträge dürften aus dem Außenwirtschaftsverkehr stammen. In ihrer Höhe ist demnach eine unentgeltliche Einfuhr aus Holland möglich gewesen. Ein Vorgang, der an die Finanzierung der englischen Einfuhr aus Canada erinnert.

	innere Besatzungskosten Mio. RM*)	äußere Besatzungskosten Mio. RM	Gesamte Besatzungskosten Mio. RM
1940/41	1360		1360
1941/42	1640	950	2590
1942/43	1640	600	2240
1943/44	1640	600	2240

*) umgerechnet zum amtlichen Kurs von 1 hfl. = 1,32RM.

^{j)} ohne die belgische Goldablieferung.

Bewertet man die *inneren Besatzungskosten* mit dem jeweiligen Kaufkraftkurs, so erhält man die folgenden Beträge:

	Reichsmark-Kaufkraftkurs		Innere Besatzungskosten	
	1 hfl=	... R M	Mio. hfl	Mio. R M
1940/41		1,46	1030	1500
1941/42		1,30	1240	1610
1942/43		1,26	1240	1560
1943/44		1,27	1240	1570
Insgesamt:				6240

In Holland ist es gelungen - nach anfänglich ziemlich bedeutenden Preissteigerungen -, den Kaufkraftkurs in der Nähe des offiziellen Kurses zu halten. Die Schwarzmarktpreise aber sind besonders hoch. Für 1942 wird der Überteurungsfaktor mit 4 angegeben; für 1943 schätzen wir ihn auf 8 und für 1944 auf 10.

Die Personalausgaben, die in der letzten Zeit ca. 25% der Gesamtausgaben betragen, dürften sicherlich zur Hälfte schwarz verausgabt worden sein, und auch die Sachausgaben haben sich teilweise in höheren als den offiziellen Preisen niedergeschlagen (Holzkäufe der Wehrmacht). Wir rechnen wie bei Frankreich damit, daß seit 1942/43 10% der Sachausgaben zu dem Doppelten der offiziellen Preise verausgabt wurden.

Unter den genannten Voraussetzungen ergibt sich folgende Rechnung:

	Offizieller Markt		Markt für Wehrmachtsonderkäufe		Schwarzer Markt		Insgesamt RM
	Mio. hfl	Mio. RM	Mio. hfl	Mio. RM	Mio. hfl	Mio. RM	
1940/41	1030	1500	—	—	—	—	1500
1941/42	1178	1530	—	—	62	40	1570
1942/43	992	1248	93	59	156	25	1332
1943/44	992	1256	93	59	156	20	1335
5534			118		85		5737

Auch ein Teil der *äußeren Besatzungskosten* hat mit dem schwarzen Markt in Verbindung gestanden. Es handelt sich um die offiziellen Schwarzmarktkäufe, die in Holland mit Reichsmark bezahlt wurden und 160 Mill. RM erforderten. Rechnen wir für 1942 mit einem Schwarzmarktkurs von 32 Rpf., so ergibt sich ein Betrag von 40 Mill. RM. Die Reichsmarküberweisungen des Jahres 1942 müssen wir daher statt mit 600 Mio. RM mit 480 Mio. RM ansetzen. Wir erhalten insgesamt also aus Holland:

Christoph Buchheim

	innere Besatzungskosten Mio. RM	äußere Besatzungskosten Mio. RM	Insgesamt Mio. RM
1940/41	1500	-	1500
1941/42	1570	950	2520
1942/43	1332	480	1812
1943/44	1335	600	<u>1935</u>
			ca. 7767

Da die Niederlande seit dem 1.4. 1941 als Deviseninland gelten, können die holländischen Leistungsüberschüsse im äußeren Wirtschaftsverkehr mit dem Reich nicht mehr genau ermittelt werden. Der Teil der Lieferungs- und Leistungsüberschüsse, der nicht durch die äußeren Besatzungskosten finanziert wird, läuft in Form von Reichsmarkguthaben der niederländischen Zentralbank bei der Deutschen Reichsbank auf (bis 31.3. 1944: 5120 Mio. RM). Davon war der überwiegende Teil, nämlich 4958 Mio. RM in Reichsschatzanweisungen angelegt.

Da bis vor kurzem der Guldenerwerb durch Einzahlung von Reichsmark in Deutschland nicht beschränkt und die Kontrolle der Warenbewegungen nicht ausreichend waren, darf angenommen werden, daß deutscherseits große Guldenbeträge - wir schätzen sie auf 1/5 des gesamten Reichsmarkguthabens der holländischen Nationalbank - zum Kauf auf dem holländischen schwarzen Markt erworben wurden. Rechnet man diesen Betrag mit dem durchschnittlichen Überteurungsfaktor 6 um, so stellt sich der reale Wert auf 4260 Mio. RM.

Die gesamten holländischen Leistungen hätten demnach

12 030 Mio. RM

betragen.

6. Dänemark

Dänemark gilt nicht als eigentliches besetztes Gebiet und zahlt dementsprechend auch keine Besatzungskosten. Die von den deutschen Truppen benötigten Mittel werden der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen von der dänischen Zentralbank auf dem Kreditwege zur Verfügung gestellt. Jedenfalls für die Dauer des Krieges ist also eine einseitige Leistung Dänemarks gewährleistet. Die bereit gestellten Kredite betragen bis zum 31.3. 1944 fast 1,5 Mia. RM.

	Besatzungskosten Mio. Kr.	RM-Kaufkraftkurse 100 Kr. = ... RM	Besatzungskosten Mio. RM-Kaufkraft
1940/41	531	53,1	282
1941/42	437	47,7	208
1942/43	612	47,5	290
1943/44	1391	47,9	666
			1446

Eine Schätzung der auf den schwarzen Markt gehenden Summen muß unterbleiben. Zwar darf angenommen werden, daß die Wehrmachtsangehörigen auch in Dänemark Butter und andere Produkte zu gestiegenen Preisen kaufen; es ist aber unmöglich, diese Beträge auch nur annähernd zu erfassen. Denn der schwarze Markt scheint weniger ausgedehnt und weniger zusammenhängend zu sein als in den besetzten Westgebieten und mehr der Struktur des deutschen schwarzen Marktes mit seiner uneinheitlichen Preislage zu ähneln. Allerdings dürften die dänischen Schwarzmarktpreise in der Regel weit unter den deutschen liegen. Man kann also nicht von einem durchschnittlichen Überteurungsfaktor sprechen, wie etwa in Frankreich, Belgien und Holland. Im Clearing schulden wir Dänemark etwa 1100 Mio. RM. Die Zunahme betrug:

	Mio. Kronen	Mio. RM-Kaufkraft
vom 9.4. 1940--31.8. 1940	297	158
vom 1.9.1940--31.8. 1941	358	171
vom 1.9.1941--31.8. 1942	416	198
vom 1.9.1942-31.8. 1943	560	268
vom 1.9. 1943--31.3. 1944	612	293
Insgesamt		1088

Die gesamten Leistungen Dänemarks betragen also
ca. 2530 Mio. RM.

7. Norwegen

	Besatzungskosten Mio. Kr.	Kredite bei d. Norges Bank Mio. Kr.	Insgesamt
1940/41	353	2132*)	2485
1941/42	1292	1835	3127
1942/43	981	942	1923
9 Monate 1943 bis 1944**)	ca. 750	ca. 750	ca. 1500

*) Ein Teil davon entfällt auf die Monate April-Juni des Finanzjahres 1939/40.

***) Das Finanzjahr endet am 30 Juni.

In Reichsmark umgerechnet erhalten wir die folgenden Beträge:

	Mio. Kr.	RM Kaufkraftkurs 100 Kr.= ... RM	Mio. RM- Kaufkraft
1940/41	2485	63,9	1588
1941/42	3137	52,8	1656
1942/43	1923	52,6	1011
1943/44	1500	52,6	789
	9045		5044

Die norwegische Wirtschaft ist durch die Besatzungsansprüche besonders stark belastet. Aus diesem Grunde wohl hat man die Besatzungskosten auf nur einen Teil der Wehrmachtsausgaben beschränkt. Der Rest wird vorläufig durch Kredite der Zentralbank an die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen finanziert. Wenn die derzeitige Situation für das jeweilige Land durch diese „Vorfinanzierung“ auch keineswegs anders ist als bei einer vollen Kostenübernahme, so sind doch die psychologischen und politischen Rückwirkungen dieser Form der Kreditierung nicht zu unterschätzen, zumal, wenn die zur Verfügung gestellten Kreditbeträge wie im Falle Norwegens höher sind als die eigentlichen Besatzungskosten.

Diese Summe von mehr als 5 Mia. RM ist in der Tat für die norwegischen Verhältnisse sehr groß. Viel reicher ausgestattete Volkswirtschaften wie z.B. die belgische zahlen kaum mehr, und Dänemark leistet nicht einmal die Hälfte. Diese großen Leistungen können zum Teil, wie schon erwähnt, nur durch deutsche Zuschüsse ermöglicht werden. Es ist daher nicht erstaunlich, daß der deutsch-norwegische Außenhandel für Deutschland aktiv, d.h. also ein Zuschußgeschäft ist. Da Norwegen zudem auf Grund seiner Menschenarmut der deutschen Kriegswirtschaft kaum Arbeitskräfte zur Verfügung stellen kann, gehört es zu den wenigen Ländern, die uns im Clearing gewisse Beträge schulden.

Stand des Verrechnungssaldos*)
(in Mio. RM)

31.8.1940	%	5,6
31.8.1941	+	111,3
31.8.1942	+	43,2
31.8.1943	+	105,3
31.3.1944	+	132,3

*) + deutsches Guthaben, % deutsche Verschuldung.

Die Zu- und Abnahme der deutschen Forderungen an Norwegen betrug in der Zeit

	Mia. Kronen	Mio. RM-Kaufkraft
vom 9.4. 1940-31.8. 1940	% 10	% 6,4
vom 1.9. 1940-31.8. 1941	+ 205	+ 131,0
vom 1.9. 1941-31.8. 1942	% 120	/. 63,4
vom 1.9. 1942-31.8. 1943	+ 109	+ 57,3
vom 1.9. 1943-31.3. 1944	+ 47	+ 24,7
		+ 143,2

Setzt man diese ca. 140 Mill. von den eben errechneten Besatzungskosten und Krediteinräumungen ab, so erhält man den immer noch beachtlichen Betrag norwegischer Leistungen in Höhe von

ca. 4900 Mill. RM.

8. Serbien

Serbien ist ein besetztes Land mit besonders starker Preissteigerung, auch wenn es damit weit hinter Griechenland zurückbleibt. Der Kaufkraftkurs, der zu Beginn der Besatzungszeit (April 1941) noch 5,6 Rpf. für einen Dinar betrug, war 1942 bereits auf 2,3 gesunken und dürfte heute schätzungsweise 1,0 betragen. Der reale Wert der Besatzungskosten ist daher stark gesunken.

	Mio. Dinar	RM-Kaufkraftkurs 100 Din. = . .RM	Mio. RM- Kaufkraft
1941/42	3450	4,0	138
1942/43	3 830	2,3	88
1943/44	12821	1,0	128
	20101		354

Auch in Serbien dürfte ein Teil der Besatzungskosten auf dem schwarzen Markt, der hier sehr ausgedehnt ist und dessen Preise 1942 etwa das 3 bis 4fache der offiziellen Preise betragen und heute sicherlich bei dem 8 bis 10fachen liegen, verausgabt worden sein. Da dem schwarzen Markt in Serbien eine noch größere Bedeutung zukommt als in den Westgebieten und da auch in Serbien zeitweise gewisse aus den übrigen besetzten Gebieten stammende und vorwiegend zu Schwarzmarktkäufen verwendete Beträge an Reichskreditkassenscheinen vorhanden waren, ist ein Satz von 15% der Gesamtausgaben sicherlich nicht zu hoch gegriffen. Die Besatzungskosten wurden schätzungsweise wie folgt verausgabt:

	Offizieller Markt		Schwarzer Markt		Insgesamt Mio. RM- Kaufkraft
	Mio. Din.	Mio. RM- Kaufkraft	Mio. Din.	Mio. RM- Kaufkraft	
1941/42	2930	117,2	520	5,2	122,4
1942/43	3300	75,9	550	3,4	79,3
1943/44	10898	<u>109,0</u>	1920	<u>1,9</u>	<u>110,9</u>
		302,1		10,5	312,6

Im *Clearing* schuldeten wir Serbien am 31. März d.J. 418,8 Mio. RM. Die Verschuldung nahm wie folgt zu:

vom 27.5. 1941-31.8. 1941 um	12,7 Mio. RM
vom 1.9. 1941-31.8. 1942 um	47,3 Mio. RM
vom 1.9. 1942-31.8. 1943 um	191,6 Mio. RM
vom 1.9. 1943-31.3. 1944 um	<u>167,2 Mio. RM</u>
insgesamt	418,8 Mio. RM.

Die serbischen Ausführpreise, insbesondere für Weizen, Schweine und Backpflaumen, lagen im Durchschnitt des Jahres 1943 schon erheblich über den Reichspreisen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß einzelne Waren, in der Hauptsache Chromerz, billiger hereinkommen, ist es sicher nicht unberechtigt, bereits von August 1942 mit einem Kurs von 4 Rpf und von August 1943 mit einem von 3 Rpf umzurechnen.

Zunahme der Clearingverschuldung	Mio. Din.	Mio. RM
vom 27.5. 1941-31.8. 1941	254	12,7
vom 1.9.1941-31.8.1942	946	47,3
vom 1.9.1942-31.8.1943	3832	153,3
vom 1.9.1943-31.3.1944	3344	<u>100,3</u>
		<u>313,6</u>

Diese Zahl repräsentiert in der Hauptsache die serbischen Ausführüberschüsse. Es ist bemerkenswert, daß diese ebenso hoch sind wie der reale Wert der Besatzungskosten.

Die Gesamtleistungen Serbien[s] betragen insgesamt
626 Mio. RM.

9. Griechenland

Die Finanzierung der Wehrmachtausgaben in Griechenland erfolgt ähnlich wie in Norwegen. Ein Teil wird laufend auf den griechischen Haushalt übernommen (feste Besatzungskosten), der andere wird von der griechischen Nationalbank vorerst gegen „Anlastung“ zur Verfügung gestellt. Eine Trennung der beiden Beträge erübrigt sich, da die Ermittlung der Gesamtleistung wegen der sich überschlagenden inflatorischen Preissteigerungen so ungenau ist, daß mit einer Aufteilung der Ausgaben weder für die derzeitige Lage noch auch für die spätere endgültige Regelung irgendetwas gewonnen ist. Das Ausmaß der Inflation kommt am besten in der Tatsache zum Ausdruck, daß die monatlich beanspruchten Drachmenbeträge im Februar d. J. bereits die Billionengrenze überschritten haben:

Griechische Besatzungskosten (in Mia. Drachmen)

	12,9			
1. Quartal	14,0	1943	Juli	67
2. Quartal	34,4		August	81
3. Quartal	46,8		September	145
4. Quartal	42,7		Oktober	191
Januar	15,5		November	275
Februar	20,0		Dezember	440
März	19,5	1944	Januar	710
April	23,7		Februar	1280
Mai	30,0		März	3040
Juni	39,0			

Eine mit Hilfe des für die griechische Volkswirtschaft besonders repräsentativen Ölpreises durchgeführte Umrechnung^{k)} hat für die gesamte Besatzungszeit (bis 31.3. 1944) den nur geringen Betrag von 150 Mio. RM ergeben. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die griechische Volkswirtschaft arm ist und der Wehrmachtbedarf größtenteils nachgeschoben wird, dürfte der errechnete Betrag zu niedrig sein. Nun war der Ölpreis zweifellos spekulativ überhöht, und der reale Wert der Besatzungskosten dürfte erheblich höher gewesen sein.

Berechnungen des RFM²⁴ zufolge, die sich aus der Notwendigkeit ergaben, die durch die griechischen Besatzungskosten im Reichshaushalt (60 Dr. = 1 RM)²⁵ übermäßig aufgeblähten deutschen Wehrmachtausgaben auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ergibt sich für das Finanzjahr 1943/44 ein realer Betrag von 500 Mio. RM. Aus der Ölpreisumrechnung erhält man dagegen für die gleiche Zeit nur 1/10, nämlich 57,6 Mio. RM. Die vom RFM für die Zwecke des Reichshaushaltes ermittelte Summe ist nur zum Teil mit Hilfe von Preisdaten geschätzt. Maßgebend waren vielmehr Angaben des OKW über Truppenstärke, Wehrmachtinvestitionen und den aus dem Reich nachgeschobenen Wehrmachtbedarf. Immerhin hält man auch im RFM die errechnete Summe für zu hoch, und ein Betrag von 250 Mio. wird für das Rechnungsjahr 1943/44 als ausreichend bezeichnet. Für die zurückliegenden Jahre ist der reale Wert der Wehrmachtausgaben wahrscheinlich noch niedriger gewesen - an Deutschland gingen damals nur % der gesamten Besatzungsausgaben, der Rest an Italien -. Für die Zwecke dieser Arbeit wird hier ein Gesamtbetrag von höchstens

500 Mio. RM

eingesetzt.

Den wichtigsten Posten im deutschen und griechischen Außenwirtschaftsverkehr bildet zweifellos der Außenhandel; griechische Arbeiter sind in Deutschland kaum beschäftigt. Mit der in Reichsmark ausgewiesenen Clearing-Verschuldung ist wegen der undurchsichtigen Preisverhältnisse im Außenhandel nichts anzufangen. Aus diesem Grunde wurde hier eine Bewertung der ein- und ausgeführten Güter auf der Basis eines Normaljahres (1938) vorgenommen, die folgendes Ergebnis hat:

Einfuhrüberschüsse aus Griechenland

	Mio. RM
1941*)	37,1
1942	42,5
1943**)	2,8
	82,4

*) nur 2. Halbjahr

***) Januar bis August 1943.

^{k)} siehe auch die Ausarbeitung vom 29.10. 1944 [sic! Gemeint ist 1943], FfW. 648 g/43.

²⁴ Reichsfinanzministerium.

²⁵ Der amtliche Wechselkurs wurde mit 1 RM = 60 Drachmen unverändert gelassen, was wegen der griechischen Inflation scheinbar immer höhere Besatzungsausgaben (Landeswährung umgerechnet in Reichsmark) ergab.

Die vorgenommene Bewertung, die einen Einfuhrüberschuß aufweist, ist allerdings außerordentlich problematisch. Z. Zt. (seit Bestehen der Degriges²⁶) werden deutsche Einfuhren in [gemeint ist: aus] Griechenland nur getätigt aus 4/7 der Ausfuhrschleusengewinne [aus dem Export Deutschlands nach Griechenland] der Degriges, nachdem 3/7 zuvor an die deutsche Wehrmacht abgeliefert worden sind. Die Degriges gibt daher auch z.B. für die Monate Januar bis August 1943 einen deutschen Ausfuhrüberschuß in Höhe von ca. 50 Mill. RM an. Die eben ausgewiesenen griechischen Einfuhrüberschüsse [gemeint ist: Einfuhrüberschüsse Deutschlands im Handel mit Griechenland] sind also sehr fragwürdig. Aus diesen Gründen wird hier davon abgesehen, überhaupt einen Leistungsüberschuß Griechenlands im Außenwirtschaftsverkehr mit Deutschland anzunehmen. Es erfolgt eine Beschränkung lediglich auf die Besatzungskosten. Die Gesamtleistungen Griechenlands hätten also 500 Mio. RM betragen.

10. Besetzte Ostgebiete

Bei der Feststellung des Wertes der Leistungen der besetzten Ost-Gebiete empfiehlt es sich, den Weg über eine Einzelbewertung zu nehmen. Denn Besatzungskosten wurden nur vom Ostland und der Ukraine und nicht vom Operationsgebiet gezahlt, und der Außenwirtschaftsverkehr wird nur zum Teil über Clearing abgerechnet. Die von der Wehrmacht und dem Reich beanspruchten Güter werden dabei mit deutschen Großhandelspreisen eingesetzt. Da manche Leistungen nicht bekannt sind (Quartier- und Transportleistungen) und außerdem nur die wichtigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe bewertet wurden, ist der durch Addition der Einzelwerte ermittelte Betrag notwendig zu niedrig.

a) Auf dem *Agrarsektor* sind bis 31.3. 1944 Lieferungen in Höhe von knapp 4 Mia. RM erfolgt, denen (bis 31.8. 1944) [gemeint wohl: 31.8. 1943] deutsche Gegenleistungen im Betrag von 500 Mio. RM gegenüberstehen, so daß sich eine Gesamtleistung in der Größenordnung von

3,5 Mia. RM

ergibt.

b) Der Überschuß auf dem *gewerblichen Sektor* ist unbedeutend. Russischen Rohstofflieferungen in Höhe von ca. 725 Mio. RM stehen deutsche Einfuhren an Maschinen, Werkzeugen und Geräten im Werte von 500 Mio. RM und Kohlenlieferungen (ungerechnet die Lieferungen an die Wehrmacht und die Eisenbahn) in Höhe von ca. 35 Mio. RM gegenüber. Es bleibt also ein Nettogewinn von nur 190 Mio. RM. Hinzuschlagen muß man die Leistungen der russischen verarbeiten-

²⁶ Die Deutsch-Griechische Warenausgleichsgesellschaft m.b.H. (Degriges) wurde im November 1942 gemeinschaftlich von der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel als Monopolgesellschaft zur Regulierung des deutsch-griechischen Warenverkehrs gegründet. Die Drachmengewinne aus der deutschen Ausfuhr nach Griechenland - eine Folge des unveränderten Wechselkurses bei gleichzeitig starker griechischer Inflation - wurden von der Degriges abgeschöpft und in der angegebenen Weise verwendet.

Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft 143

den Industrie für das Ostheer, die hier mit 500 Mio. RM veranschlagt werden. Die Gesamtleistungen auf dem gewerblichen Sektor können demnach auf
690 Mio. RM

geschätzt werden.

c) Schließlich muß der Nettogewinn aus der Beschäftigung der Ostarbeiter, den wir aus Arbeiterrücksendungen und Ostarbeiterabgabe ermitteln, berücksichtigt werden.

Arbeiterrücksendungen	26,5 Mio. RM
Ostarbeiterabgabe	<u>209,- Mio. RM</u>
insgesamt	335,5 Mio. RM [sic!]

d) Die - allerdings sehr lückenhafte - Gesamtbilanz würde demnach wie folgt aussehen:

	Mio. RM
Leistungen auf dem Agrarsektor	3500
Leistungen auf dem gewerblichen Sektor	690
Wert der Arbeitskräfte	<u>335</u>
insgesamt	4525

Die russischen Leistungen haben also insgesamt

4,5 Mia. RM

betragen. Das ist weniger als der Beitrag der meisten Länder. Frankreich hat etwa das 7fache, Belgien mehr als das Doppelte geleistet, und auch die übrigen Länder liegen mit geringen Ausnahmen weit höher. Aber nicht nur im Verhältnis zu den übrigen besetzten Gebieten, sondern auch absolut gesehen, erscheint die angegebene Zahl unwahrscheinlich niedrig. Der Wert der gesamten Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen an Wehrmacht und Reich und der im Reich beschäftigten Arbeitskräfte dürfte kaum in diesen 4,5 Mia. RM erschöpft sein, selbst wenn man die erheblichen deutschen Investitionen in der ehemals russischen Wirtschaft in Abzug bringt. Sicherlich gehen die nicht erfaßbaren Leistungen in die Milliarden. Sie werden bei der Schlußaufstellung in einem Gesamtzuschlag für alle statistisch nicht erfaßbaren Werte mit berücksichtigt.

III. Beute

Der hier errechnete Wert der Kriegsbeute liegt sicherlich erheblich unter dem wirklichen Wert. Aus folgenden Gründen:

1. Über den Wert der eigentlichen Kriegsbeute im engeren Sinne wie Waffen, Munition u. dgl. waren, außer im Falle des Protektorats keinerlei Unterlagen zu beschaffen.
2. Auch der wichtigste Posten der Rohstoffe ist wertmäßig nur unvollständig erfaßt worden. Die Angaben stützen sich auf die Erlösübersichten der Roges²⁷ per Ende

²⁷ Die Rohstoff-Handelsgesellschaft m.b.H. (Roges) ist im Dezember 1942 zusammen vom Wehr-

Februar 1944. Es darf aber angenommen werden, daß nicht alle von der Roges übernommenen Rohstoffe bereits verkauft worden sind. Insbesondere dürfte dies, wie aus den Halbmonatsberichten des Wi.Stab Ost²⁸ hervorgeht, im Osten nicht der Fall gewesen sein. Zudem ist es fraglich, ob die Rohstoffe immer zu Reichspreisen verwertet wurden.

Die Roges wies am 28.2. 1944 einen Nettoerlös (nach Abzug der nicht unbeträchtlichen Kosten) von 323 Mio. RM aus, dem allerdings noch die 30 Mio. RM hinzugeschlagen werden müssen, die an das Ostministerium als Anteil für die aus diesem Bereich abtransportierten Güter abgeliefert wurden. Demnach erhielten wir einen Gesamtwert von 353 Mio. RM.

Auf die einzelnen Ländergruppen - eine genaue länderweise Untergliederung fehlt - verteilen sich die Beträge wie folgt:

	Mio. RM
Westen	228
Osten	59
Südosten	9.

Hinzu kommen Sonderposten aus dem Verkauf von Beuteleder, Textilien und Tabak.

Daß die von der Roges ausgewiesenen Beträge, die allerdings Nettoerlöse darstellen, sehr niedrig sind, läßt sich am Beispiel Frankreichs beweisen. Für Frankreich hat der Militärbefehlshaber die erbeuteten Rohstoffmengen bekannt gegeben. Bewertet man diese mit Reichspreisen, so erhält man einen Betrag von ca. 255 Mio. RM. Die Roges aber weist für die gesamten Westgebiete nur knapp 230 Mio. RM aus.

3. In den Verkaufserlösen der Roges sind die von der Aktion Major Schu²⁹ erbeuteten Rohstoffe und Altstoffe mit enthalten. Nur die Sprengstoffe und Halbwaren (vor allem Fahrzeugteile) laufen nicht über die Roges. Sie wurden im Herbst v.J. mit ca. 80 Mio. RM angegeben. Die gesamte Beute an Rohstoffen und Halbwaren stellt sich demnach auf 433 Mio. RM.

wirtschafts- und Rüstungsamt im OKW und dem Reichswirtschaftsministerium zur Verwertung von Beutematerialien aus den besetzten Gebieten geschaffen worden.

²⁸ Der Wirtschaftsstab Ost war vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW konzipiert worden, um die eroberten und noch unter Militärverwaltung stehenden Ostgebiete möglichst schnell wirtschaftlich nutzbar zu machen. Einerseits sollte durch ihn in enger Zusammenarbeit mit den Quartiermeistern des Heeres die Versorgung der deutschen Truppen an der Ostfront sichergestellt, andererseits die reichsdeutsche Kriegswirtschaft mit den Ressourcen des besetzten Territoriums im Osten unterstützt und entlastet werden. Im Einzelnen erstreckten sich die Aufgaben der Wirtschaftsorganisation Ost (Wirtschaftsstab Ost und nachgeordnete Dienststellen mit anfangs rund 7000 Mitarbeitern) auf Erfassung und Abtransport der Beute an Wirtschaftsgütern, Wiederaufbau und Einsatz von Zechen, Kraftwerken und sonstigen Gewerbebetrieben, Förderung und Verteilung der Agrarproduktion und Rekrutierung russischer Arbeitskräfte. Das fachliche Weisungsrecht oblag Göring als Beauftragtem für den Vierjahresplan, der seinerseits hierfür den Wirtschaftsführungsstab Ost bildete.

²⁹ Major Schu war Beauftragter für Schrott- und Altmallerfassung in den besetzten (Ost-)Gebieten.

Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft 145

4. Ebenfalls unbedeutend sind die Beträge an Geld, die der Reichshauptkasse für Beute zugeführt wurden. Bis zum 31.8.1943 wurden 130,6 Mio. RM ausgewiesen. Davon stammten aus

	Mio. RM
Polen	7,6
den Westgebieten	71,8
Rußland	17,8
dem Südosten	33,4.

Da kaum alle von der Wehrmacht erbeuteten Kriegskassen erfaßt worden sein dürften und der reale Wert der erbeuteten Zloty, Franken usw. sicherlich höher war als die an Hand der amtlichen Kurse ermittelten Werte, muß die angegebene Summe zu niedrig sein.

5. Die ausgewiesene Beute weist demnach folgende Beträge auf:

	Mio. RM
Waffen und Munition ¹⁾	77
Rohstoffe und Halbwaren	433
Geld	<u>131</u>
Insgesamt rund	640
Geschätzter Zuschlag für nicht erfaßte Beute rund	<u>360</u>
Gesamte Beute	1000

¹⁾ Nur Protektorat.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Christoph Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte u.a. „Deutsche Gewerbeexporte nach England in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts“ (Ostfildern 1983) und „Deutschland auf dem Weltmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts“ (in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71, 1984); arbeitet zur Zeit an einer Studie über die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft nach 1945.

Dr. Volker Dahm, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46 b), veröffentlichte neben Aufsätzen zur nationalsozialistischen Schrifttums- und Judenpolitik „Das jüdische Buch im Dritten Reich, Teil 1: Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler, Teil 2: Salman Schocken und sein Verlag“ (Frankfurt a.M. 1979 bzw. 1981) und „Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Teil I, Register Bd. 1/2“ (München 1983, gemeinsam mit Hildegard von Kotze und Gerhard Weiher); zur Zeit mit Vorarbeiten zu einer Studie über die nationalsozialistische Reichsschrifttumskammer und mit der Vorbereitung einer Geschichte des deutschen Buchhandels 1933-1945 beschäftigt. Angela Kaiser, Promovierende der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn (5300 Bonn 1, Wielstr. 4).

Dr. Giorgio Penzo, ordentlicher Professor für Geschichte der Philosophie an der Universität Padova (I 35100 Padova, Via Crescini 102), veröffentlichte u. a. „L'unità del pensiero in Martin

Heidegger“ (Padova 1965), „Pensare heideggeriano e problematica teologica“ (Brescia 1973), „Max Stirner. La rivolta esistenziale“ (Bologna 1981), „Dialettica e fede in Karl Jaspers“ (Bologna 1981), „Friedrich Nietzsche nell'interpretazione heideggeriana“ (Bologna 1982), F.Gogarten. Il problema di Dio tra storicismo ed esistenzialismo“ (Roma 1981), „Il nichilismo da Nietzsche a Sartre“ (Roma 1984), „Il comprendere in K. Jaspers e il problema dell'ermeneutica“ (Roma 1985), „K.Jaspers. Esistenza e trascendenza“ (Roma 1985), beschäftigt sich seit Jahren mit der Existenzphilosophie und mit dem Existentialismus, historisch und systematisch betrachtet. Arbeitet zur Zeit an einer umfangreichen Studie über die Auslegung Nietzsches vor und während des Nationalsozialismus.

Dr. Udo Wengst, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (5300 Bonn 1, Poppeldorfer Allee 55), veröffentlichte u. a. „Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning“ (Düsseldorf 1977, Bearb. zusammen mit Ilse Maurer), „Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning“ (Düsseldorf 1980, Bearb. zusammen mit Ilse Maurer), „Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948-1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland“ (Düsseldorf 1984), „Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949“ (Düsseldorf 1985, Bearb.).